

Verwaltung in Shanghai die Produktion von donnerstags und freitags auf samstags und sonntags verlagern musste. (SCMP, 16.6.04)

Zur Beruhigung der Vertreter ausländischer Unternehmen kündigte der stellvertretende Bürgermeister Shanghais, Zhou Yupeng, an, dass die Energielieferung an Unternehmen mit Auslandskapital Vorrang habe. In einem Briefing mit Vertretern multinationaler Unternehmen sicherte Yu Beihua, stellvertretender Direktor der Shanghaier Entwicklungs- und Reformkommission, diesen Unternehmen die Energieversorgung zu: „Power supply to foreign companies, especially those in the preferred industries, will be guaranteed“. (SCMP, 15.6.04) Allerdings spezifizierte Yu die Branchen nicht näher. Unternehmen wie Bayer, die eine große Produktionsanlage mit einem Investitionsvolumen von 3,1 Mrd. US\$ in Caojing bei Shanghai planen, überlegen derzeit bereits den Bau eigener Generatoren zur Sicherung der Energieversorgung. (SCMP, 15.6.04)

Shanghai sowie das gesamte Yangzi-Delta, einschließlich der Provinzen Jiangsu und Zhejiang, zählen zu den Regionen, die durch die Energieknappheit besonders betroffen sind. Andere Maßnahmen der Energieeinsparung werden ebenfalls von der Shanghaier Regierung verfolgt, u.a. die Beschränkung der Klimaanlage in Büroräumen auf eine Temperatur von 26 Grad. Private Haushalte sind von den Maßnahmen noch nicht betroffen. Shanghai selbst hat im letzten Jahr Elektrizität in einem Umfang von 69 Mrd. Kilowattstunden produziert, ein Anstieg um 12,7% gegenüber dem Jahr 2002, musste aber noch Energie importieren, um die Nachfrage zu befriedigen. Trotz Energierationierungsmaßnahmen stieg Shanghais Elektrizitätsverbrauch im letzten Jahr um 15,5% auf 75 Mrd. Kilowattstunden. (SCMP, 16.6.04)

In einem Kommentar zum Energiesparen in der *Renmin Ribao* vom 6.6.04 wird auf Chinas Ressourcenknappheit hingewiesen, und es werden ernsthaftere Anstrengungen zur Einsparung von Energie gefordert. So weise China nur die Hälfte der Pro-Kopf-Ausstattung mit mineralischen Reserven im internationalen Vergleich auf; die Pro-

Kopf-Erdölreserve liege sogar nur bei 11% des Weltdurchschnitts. Als wesentliche Problem bei der Energieeinsparung in China gelten dem Kommentar nach 1) unzureichendes Bewusstsein über die Notwendigkeit von Energieeinsparungen, 2) Gesetze und Bestimmungen sowie Standards für die Energieeinsparung sind erst unvollständig vorhanden und die Durchsetzung bestehender Regeln ist unzureichend, 3) Maßnahmen, die zur Energieeinsparungen ermutigen, müssen noch eingeführt werden, und 4) es fehlt noch ein Mechanismus zum Energieeinsparen, der mit den marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen übereinstimmt. Der Kommentar weist außerdem auf das vom Staatsrat vorgegebene Ziel der Energieeinsparung hin. So sollen pro 10.000 RMB Bruttoinlandsprodukt 5% Energieverbrauch eingespart werden. Weiterhin ist der Abbau von Engpässen im Energieangebot in den kommenden drei Jahren vorgesehen. (BBC PF, 6.6.04)

Auch hochrangige Vertreter der politischen Führung sprachen sich Anfang Juni für stärkere Energieeinsparungen aus. Der stellvertretende Ministerpräsident Zeng Peiyan forderte im Rahmen eines Besuchs einer Ausstellung über energiesparende Produkte dazu auf, dass jeder Einwohner in China pro Tag eine Kilowattstunde Elektrizität sparen sollte. Hierdurch könnte das Land 200 Mio. t Kohle pro Jahr einsparen. (XNA, 6.6.04)

Mit der Einführung von unterschiedlichen Elektrizitätspreisen wird die Stadt Beijing im Herbst beginnen. Dann werden die Preise in den Spitzenzeiten am Tag um 11% höher liegen. Von dieser Preiserhöhung sind private Nutzer, Regierungsgebäude, Schulen, Militärgebäude, Krankenhäuser, Metro-Stationen, Busunternehmen sowie Versorgungsunternehmen für Wasser und Erdgas ausgenommen. Für die Unternehmen bedeutet diese Preiserhöhung, dass sie ihre Arbeitszeiten verändern müssen, wenn sie keine höheren Preise für Elektrizität zahlen wollen. (XNA, 11.6.04) -schü-

---



---

## SVR Hongkong

---



---

### 26 Neupositionierung des demokratischen Lagers – Konziliantere Töne gegenüber Beijing

Prominente Vertreter des demokratischen Lagers haben im Verlauf des Monats Juni wiederholt eine stärkere Kooperation mit der parteistaatlichen Führung in Beijing angemahnt. Die konzilianteren Töne gegenüber Beijing signalisieren ein Einschwenken prodemokratischer Kräfte, die bislang ihrem eigenen Verständnis sowie in der Außenwahrnehmung als „Beijing-kritisch“, wenn nicht gar „Beijing-feindlich“ galten. Von Seiten der Hongkonger Regierung wie auch der chinesischen Zentralregierung wurde das „Friedensangebot“ des demokratischen Lagers durch verschiedene positive Signale honoriert.

Den Anfang in der Reihe konzilianter Anläufe machte der Gewerkschaftsvertreter und Abgeordnete der Legislativversammlung Lau Chin-shek, der Anfang Juni seine Gesinnungsgenossen dazu aufrief, ihre konfrontative Haltung gegenüber der Zentralregierung in Beijing zu überdenken und die Überwindung bestehender Differenzen in den Vordergrund zu stellen. Als konkrete Geste der Versöhnung empfahl er, die gegen Beijing gerichtete Prostrhetorik anlässlich der für den 1. Juli erwarteten Massendemonstrationen zu entschärfen. Insgesamt sei die Bereitschaft im demokratischen Lager gestiegen, mit Beijing ernsthaft zu kommunizieren. Den Ausschluss aus den üblichen offiziellen Kommunikationsforen, die prodemokratische Vertreter in den vergangenen Monaten zunehmend schmerzhaft zu spüren bekommen hatten, wolle man möglichst bald überwinden und stattdessen mit der Beijinger Führung in einen Dialog über die politische Zukunft Hongkongs treten.

Mitte des Monats sprach sich auch Yeung Sum, der Führer der Demokratischen Partei, der sich von Lau Chin-sheks versöhnlichen Gesten zunächst distanziert hatte, dafür aus, „die Kluft

zwischen Hongkong und dem Festland zu überbrücken“. Dem schloss sich Szeto Wah, langjähriger Demokratie-Aktivist und notorischer Beijing-Kritiker, mit der Einsicht an, dass es an der Zeit für eine „Temperatursenkung“ im politischen Verhältnis zur Zentralregierung sei.

Der Höhepunkt der Annäherung wurde schließlich am 23. Juni erreicht, als Martin Lee, früherer Führer der Demokratischen Partei und gewissermaßen „Vater“ der Hongkonger Demokratiebewegung, in der Legislativversammlung einen Antrag einbrachte. Darin forderte er Hongkong und China auf, einander „die Hände zu reichen“ und sich gemeinsam für einen Schutz der Autonomie der SVR unter volksrepublikanischer Herrschaft einzusetzen. Noch vor wenigen Monaten war Martin Lee von Beijinger Seite als „Verräter“ kritisiert worden, nachdem er im westlichen Ausland für Engagement zum Schutz der demokratischen Rechte Hongkongs vor dem Übergriff durch die Beijinger Führung geworben hatte. Vor diesem Hintergrund erregte sein Vorschlag für eine Annäherung an Beijing umso größere öffentliche Aufmerksamkeit. In seltener Geschlossenheit unterstützte die große Mehrheit der Abgeordneten der Legislativversammlung quer über die verschiedenen politischen Lager seinen Antrag.

Martin Lee begründete den Kurswechsel mit jüngsten Umfrageergebnissen, die ergeben hätten, dass die Hongkonger Stammwählerschaft des demokratischen Lagers dessen konfrontative Haltung gegenüber Beijing zunehmend leid sei. Die Mehrheit wünsche sich stattdessen einen konstruktiven Dialog mit der zentralstaatlichen Führung zum Wohle der SVR. Diesen Erwartungen der Wähler müssten sich die demokratischen Parteien fügen. Zudem seien die demokratischen Kräfte Hongkongs in ihrem Verhältnis zur Zentralregierung nach und nach in eine „Sackgasse“ geraten, aus der man sich mit dem jüngsten Kooperationsangebot an Beijing befreien wollte.

Die Annäherung an Beijing fand allerdings nicht die ungeteilte Zustimmung des demokratischen Lagers. Einzelne Vertreter, wie etwa Mitglieder der Civil Human Rights Front, gaben zu bedenken, dass es nicht an den Demokraten, sondern an der Beijin-

ger Führung sei, ein seriöses Dialogangebot zu machen. Eine vorausseilende Entschärfung der Protestrhetorik anlässlich des 1. Juli, wie etwa von Lau Chin-shek vorgeschlagen, sei nicht angebracht, da dies einer Selbstzensur gleichkäme und den politischen Einfluss des demokratischen Lagers eher weiter schwächen als stärken dürfte. Auch wurde der Verdacht in den Raum gestellt, Martin Lee und andere hätten ihren Gesinnungswandel nicht freiwillig, sondern unter Druck der Beijinger Seite vollzogen.

Offizielle Vertreter in Hongkong und Beijing reagierten unerwartet positiv auf die Kooperationsangebote des demokratischen Lagers. Regierungschef Tung Chee-wa erklärte sich Mitte Juli nicht nur zu einem persönlichen Treffen mit Lau Chin-shek und anderen prominenten Demokraten bereit, sondern urteilte anschließend auch, dass die Gespräche sehr fruchtbar verlaufen seien und in Zukunft wiederholt werden sollten. Auch aus Beijing wurde die neue Konzilianz des demokratischen Lagers offiziell begrüßt. Als „Belohnung“ kündigte unter anderem ein diplomatischer Vertreter der VR China in den USA an, dass man erwäge, verschiedenen prominenten demokratischen Vertretern, denen in den vergangenen Jahren die Einreise auf das chinesische Festland verweigert worden war, die Erlaubnis für Heimatbesuche („home return permits“) zu erteilen. Unter anderem hatte sich David Chu Yu-lin, Vertreter der Beijingenahen Hong Kong Progressive Alliance und einer der Abgeordneten im Nationalen Volkskongress, durch Lobbyarbeit bei einschlägigen Vertretern der parteistaatlichen Führung in Beijing dafür stark gemacht, einzelnen Demokraten die Einreiseerlaubnis auf das Festland zu gewähren.

Weniger unumwunden war die Reaktion des Liaisonbüros der VR China in Hongkong. Mitte Juli äußerte einer ihrer Vertreter öffentlich, dass die Aufnahme eines Dialogs mit dem demokratischen Lager der SVR an eine Vorbedingung geknüpft sei, nämlich an ein weniger konfrontatives Verhalten. „Wenn die Demokraten wirklich [mit uns] kommunizieren wollen“, so soll er geäußert haben, „wie können sie dann zugleich groß angelegte Demonstrationen anlässlich des 1. Juli organisieren? Sollten wir nicht einfach die gan-

ze Demonstration vergessen und stattdessen eine große Zeremonie zur Feier des Jahrestags der Rückgabe Hongkongs an die VR China vor sieben Jahren planen?“

Wie diese Bemerkung zeigt, dürften die positiven Reaktionen offizieller Vertreter der Hongkonger und Beijinger Regierungen in erster Linie taktischen Erwägungen im Vorfeld des nahenden 1. Juli geschuldet sein. Wenige Wochen vor diesem Termin scheint es ihr Hauptanliegen zu sein, eine Wiederholung der Massendemonstration vom 1. Juli 2003 zu verhindern. Vor dem Hintergrund des politischen Konflikts um eine Subversionsgesetzgebung für die SVR gemäß Artikel 23 des *Basic Law* hatten sich damals mindestens eine halbe Million Hongkonger Bürger an den Protesten beteiligt und so dazu beigetragen, dass die Regierung der SVR das umstrittene Gesetzesvorhaben schließlich bis auf weiteres zurückzog. Für die zentralstaatliche Führung scheinen die Massendemonstrationen wiederum den Eindruck bestärkt zu haben, dass die Hongkonger Regierung unter Tung Chee-hwa nicht mehr „Herr im eigenen Haus“ sei (vgl. C.a., 2003/7, Ü 29, 30; 2004/4, Ü 26). Umso mehr scheint es nun geboten, eine Wiederholung der Massenproteste nach Möglichkeit zu verhindern und jeglichen Anreiz für eine Solidarisierung demokratischer Kräfte in der SVR zu vermeiden. Der 15. Jahrestag des Tian'anmen-Massakers vom 4. Juni 1989 in Beijing hatte allerdings gezeigt, dass das Protestpotenzial unter der Hongkonger Bevölkerung auch in diesem Jahr hoch ist: Hatten sich im Vorjahr rund 45.000 Personen an der Kerzenwache zum Gedenken an die Opfer des Massakers von 1989 am Abend des 4. Juni versammelt, schwankten die Angaben über die Beteiligung in diesem Jahr zwischen 48.000 und 82.000 Personen.

Wie ein Hongkonger Kommentator zu bedenken gab, könnte es sich bei diesem „wohlwollenden“ Verhalten Beijings auch um den Versuch handeln, das demokratische Lager zu spalten und damit im Vorfeld der Wahlen zur Legislativversammlung im September d.J. zu schwächen.

Auch auf Seiten der demokratischen Parteien Hongkongs ist davon auszu-

gehen, dass der jüngste Kurswechsel eher wahltaktischer als strategischer Natur ist. Offenbar hält man eine Position „konstruktiver Opposition“ derzeit für erfolversprechender als die Aufrechterhaltung einer dezidiert Beijing-kritischen Haltung, die das demokratische Lager in den vergangenen Monaten zunehmend in die politische Isolation geführt hatte. Angesichts der unzweideutigen Absage an die Forderung der Demokraten nach freien Volkswahlen bereits in den Jahren 2007 und 2008, die die Beijinger Führung im April d.J. erteilt hatte (vgl. C.a., 2004/4, Ü 26), erscheint es jedoch fraglich, ob es dem demokratischen Parteienlager durch solches taktisches Verhalten gelingen kann, seinen Rückhalt in der Bevölkerung auszubauen und die Wahlchancen im September zu verbessern. Eine Mehrheit der Demokraten in den anstehenden Wahlen zur Legislativversammlung, wie sie von Seiten Beijings gefürchtet wird, dürfte nur zu erreichen sein, wenn es gelänge, neue, bisher passive Wählergruppen zu mobilisieren. (XNA, 14.6.04; SCMP, 5., 10., 11., 17., 22.6.04; WSJ, 3., 4., 5., 13., 16., 17., 18., 22., 23., 25.6.04; *The Standard*, 31.5.04, nach BBC PF, 1.6.04; TKP, 15.6.04, nach BBC PF, 18.06.04; Radio Television HK, Radio 3, 31.5., 5., 9., 13.6.04, nach BBC PF, 1., 6., 10., 14.6.04; IHT, 4., 16., 28.6.04; ST, 5., 15., 19., 29.6.04; FT, 30.6.04) -hol-

## 27 Bevölkerungsentwicklung bis 2033

Nach einer jüngsten Berechnung des Hongkong Zensus- und Statistikamtes wird die Hongkonger Bevölkerung in den nächsten 30 Jahren von Mitte 2003 bis Mitte 2033 mit einer Rate von 0,7% pro Jahr von 6,8 Mio. auf 8,38 Mio. anwachsen. Dieses Wachstum um 1,58 Mio. Menschen wird vollständig das Ergebnis von Einwanderung sein (+1,74 Mio. Menschen), denn das natürliche Wachstum der Hongkonger Bevölkerung wird negativ sein (es wird 0,16 Mio. mehr Tote als Neugeburten geben). Als Ergebnis der enger werdenden Wirtschaftsbeziehungen mit China und der zunehmenden Verlagerung von Arbeitsplätzen dorthin werden die ständigen Bewohner um jährlich 0,6% auf 8,02 Mio. anwachsen, die mobilen Bewohner aber

um 2,3% von 185.000 auf 365.000. Die Alterung der Bevölkerung wird allerdings trotz des Wachstums anhalten, der Anteil derjenigen, die 65 Jahre und älter sind, wird von 11,7% auf 27% steigen, der Anteil der unter 15-Jährigen von 16% auf 11% abnehmen (XNA, 30.6.04). -gs-

---



---

## SVR Macau

---



---

### 28 Vorbereitungen zur Wahl des Regierungschefs

Die fünfjährige Amtszeit des jetzigen Regierungschefs Edmund Ho Hau Wah läuft am 19. Dezember aus. Maximal zwei Amtsperioden kann ein Regierungschef bestreiten. Die Wahl des neuen Regierungschefs der SVR Macau wurde auf den 29. August festgesetzt. Er wird von einem 300-köpfigen repräsentativen Wahlkomitee gewählt. (Zur Zusammensetzung s. C.a., 2004/3, Ü 30) Edmund Ho gab am 13. Juli seine Kandidatur bekannt. Noch am selben Tag nahm sein Wahlbüro seine Arbeit auf. Hos Wiederwahl gilt als sicher, erfreut er sich doch einer Zustimmungsrate von 80% unter der Bevölkerung; zudem genießt er das volle Vertrauen der Beijinger Zentralregierung. Auf einer Pressekonferenz dankte er der Bevölkerung für die „Synergie und Zuversicht“ während seiner Amtszeit und Beijing für die „starke Unterstützung“. Im Fall seiner Wiederwahl werde er sich nach Kräften bemühen, „Macaus Potenziale zu stärken“. Er betonte, dass der Elan, den Lebensstandard der Bevölkerung zu verbessern, der wichtigste Aspekt seiner Regierung sei. Hos Wahlkampagne beginnt am 14. August und endet zwei Tage vor der Wahl am 27 August. Am 13. Juni begann das Wahlkoordinierungszentrum mit der Ausgabe von Formularen für Bewerbungen um das Regierungsamt. Nach dem Gesetz für die Wahl des Regierungschefs muss ein Bewerber von mindestens 50 Mitgliedern des Wahlkomitees nominiert werden, wobei jedes Mitglied nur eine Stimme hat. Bewerber können bis zum 29. Juli ihr Lobbying betreiben. (Macau Government Information Bureau web site, www.gcs.gov.mo, 18.,

24.5., 27.6.04; XNA, 20., 27., 28.6., 14., 15.7.04; SCMP, 14., 16.7.04) -ljk-

### 29 Start für die Großregion Perlflossdelta

Vom 1. bis 3. Juni fand das Forum über Kooperation und Entwicklung in der Großregion Perlflossdelta (auch „9+2“ genannt) statt. Die Eröffnung der Konferenz erfolgte in Hongkong, fortgeführt wurde sie in Macau, und in Guangzhou fanden am 3. Juni die Abschlusszeremonie und die Unterzeichnung des „Pan-Pearl River Delta (PPRD) Regional Cooperation Framework Agreement“ (*fan Zhujiang sanjiao quyu hezuo kuangjia xieyi*) statt, durch das die „erweiterte Region Perlflossdelta“ ins Leben gerufen wurde. Zuvor hatte es bereits das „Perlflossdelta“ und das „große Perlflossdelta“ gegeben, das im wesentlichen das Gebiet vom Delta bis zum Süden der Provinz Guangdong unter Einschluss der beiden Sonderverwaltungsregionen (SVR) Hongkong und Macau bezeichnete. Das PPRD umfasst jetzt die beiden SVR sowie acht Provinzen und eine Autonome Region auf dem Festland: Fujian, Guangdong, Guizhou, Hainan, Hunan, Jiangxi, Sichuan, Yunnan und Guangxi. Sie machen nach Zahlen aus dem Jahr 2002 ein Fünftel der Gesamtfläche der VR China aus und stellen mit ca. 450 Mio. Menschen 35% der Gesamtbevölkerung und mit 3 Billionen RMBY 30% des Gesamtproduktionswertes (BIP: über 600 Mrd. US\$). Hongkong und Macau steuern noch 1,2 Billionen HK\$ bzw. 54 Mrd. MPtc bei. Hongkongs Regierungschef Tung Chee-hwa nannte es als sehr wahrscheinlich, dass das BIP 2010 1 Billion US\$ überschreite und 2020 2 Billionen erreiche. Die erweiterte Region des Perlflossdelta ist der größte überregionale Wirtschaftsverbund in China, größer als die anderen vier: das Yangzi(Changjiang)-Delta, die Küstenregion an der Bohai-Bucht mit Beijing und Tianjin, die alte Schwerindustrialbasis in Nordostchina (Dongbei) und die an Energiequellen reichen Westlichen Regionen, ein neuer Brennpunkt der regionalen Wirtschaftsentwicklung. In der chinesischen Presse wird das PPRD als Chinas jüngste Unternehmung in der Förderung regionaler Zusammenarbeit und Entwicklung und auch als